Gemeinsamer Antrag Nr. 4

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen und

der AUGE/UG - Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen

an die 163. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

am 29. Oktober 2014

nachfrage stärken, Arbeitslosigkeit verringern

Die wirtschaftlichen Aussichten haben sich jüngst neuerlich verschlechtert. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in Österreich heuer um weniger als ein Prozent zunehmen. Damit wird es nur um knapp fünf Prozent über dem Vorkrisenniveau von 2007 liegen, während bei normaler Wirtschaftsentwicklung ein Anstieg um etwa 14 Prozent zu erwarten gewesen wäre. In der Eurozone liegt das BIP 2014 real immer noch niedriger als 2007. Die von Banken und Finanzmärkten ausgelöste und durch eine rigorose Sparpolitik seit 2010 massiv verschärfte Wirtschaftskrise in Europa ist noch lange nicht überwunden. Die schlechte Wirtschaftsentwicklung und die fehlgeleitete Wirtschaftspolitik haben zu einem drastischen Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsschulden geführt.

Österreich ist besser durch die Krise gekommen als die meisten anderen Mitgliedsländer der Währungsunion. Doch auch die heimische Wirtschaft kann sich dem Abwärtssog nicht entziehen. Die Zahl der Arbeitslosen liegt um mehr als 100.000 über dem Niveau von 2008, die Staatsschulden sind kräftig gestiegen. Auch die österreichische Wirtschaft leidet vor allem unter einer anhaltenden Schwäche der Inlandsnachfrage, darunter der Investitionen und besonders der Konsumnachfrage der privaten Haushalte.

Die Konsumnachfrage ist seit 2010 durchschnittlich real nur um ½ Prozent pro Jahr gewachsen (Exporte +3 Prozent). Die wichtigste Determinante für diese ungünstige Entwicklung bildet die Schwäche der verfügbaren Einkommen der Haushalte.

*Selbst der Internationale Währungsfonds hat in einem Working Paper vom Jänner 2013 („Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers“) darauf hingewiesen, dass eine ein-prozentige Verringerung öffentlicher Ausgaben in Krisenzeiten das BIP um rund 2 Prozent verringert. Die Multiplikatorwirkung von Ausgabensenkungen ist also besonders hoch. Im Gegensatz dazu haben öffentliche Investitionen eine positive Auswirkung auf die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung, wie auch künftige Generationen von getätigten Investitionen davon profitieren.*

*Bereits in den 60er Jahren führte Schweden eine derartige Budgetregel ein, 1997 implementierte Großbritannien die „golden rule“, u.a. um gegen die Wachstumsschwäche sowie die rapide Verschlechterung öffentlicher Dienstleistungen vorzugehen. Auch im deutschen Verfassungsrecht war die „goldene Regel“ bis 2009 verankert, wonach die jährliche Neuverschuldung durch die Höhe der öffentlichen Investitionen begrenzt war. Erst mit der Einführung der Schuldengrenze wurde diese Regel aufgehoben.*

**Deshalb fordert die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, erstens einen raschen Kurswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik und zweitens eine aktive Wirtschaftspolitik in Österreich für eine Ausweitung der Inlandsnachfrage und eine Verringerung der Arbeitslosigkeit:**

* **Die EU-Wirtschaftspolitik braucht einen Kurswechsel. Die einseitige Sparpolitik hat zu Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung geführt und ist gescheitert. Im Mittelpunkt einer Neuorientierung muss der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für eine wirtschaftliche Stabilisierung stehen. Das 300 Milliarden Euro Investitionspaket, das Kommissionspräsident Jean Claude Juncker im Europäischen Parlament angekündigt hat, muss rasch umgesetzt werden.**

**Besonders die Ausweitung öffentlicher Investitionen bildet einen Schlüssel für die kurzfristige Belebung der Konjunktur und langfristige Ausweitung des Produktionspotenzials der Wirtschaft. Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert deshalb die Einführung einer „goldenen Regel der Finanzpolitik“ im Rahmen der europäischen budgetpolitischen Vorgaben, die eine Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen ermöglicht. *Die Herausrechnung öffentlicher Ausgaben mit investivem Charakter aus dem strukturellen Budgetdefizit und eine entsprechende Neudefinition, Investitionen in Soziale Dienste und Bildung inkludiert und auf soziale wie ökologische Nachhaltigkeit fokussiert****,* ***sind dafür ebenso******notwendig******wie die Berücksichtigung von öffentlichen Investitionen im Rahmen des Verfahrens zur Korrektur „übermäßiger“ Defizite durch Kommission und Rat.***

* **Öffentliche Investitionen bilden den zentralen Schlüssel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. In diesem Zusammenhang muss die europäische Jugendgarantie rasch und effektiv umgesetzt werden. Dazu sind bestehende bürokratische Hürden, die einer Abrufung der Gelder entgegenstehen, abzubauen, und mittelfristig weitere Mittel bereit zu stellen.**
* **In Österreich muss auf die drohenden Arbeitsmarkteffekte der aktuellen Konjunktureintrübung mit den bewährten Instrumenten reagiert werden: Kurzarbeit, Bildungskarenzen und andere Maßnahmen der Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit stabilisieren sehr rasch und effizient die Beschäftigung. Gleichzeitig gilt es, durch eine Ausweitung der Investitionen in den Bereichen soziale Dienstleistungen (Kinderbetreuung und Pflege) und sozialer Wohnbau zusätzliche Beschäftigung zu schaffen.**
* **Der anhaltenden Schwäche der Konsumnachfrage der privaten Haushalte ist mit einer Strukturreform im Abgabensystem zu begegnen, die die Belastung der ArbeitnehmerInnen durch Lohnsteuerleistungen deutlich verringert und so Kaufkraft und Konsumnachfrage schafft. Diese Lohnsteuersenkung darf nicht zulasten der Finanzierbarkeit des Sozialstaates gehen, sondern muss ua über die Erhöhung vermögensbezogener Abgaben vollständig gegenfinanziert werden.**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Angenommen [ ]  | Zuweisung [ ]  | Ablehnung [ ]  | Einstimmig [ ]  | Mehrstimmig [ ]  |